

## **Europagespräche des Instituts für Geschichte, Stiftung Universität Hildesheim**

### **11.6.2015 Richard Nikolaus Kühnel: Die neue Europäische Kommission - Aufgaben, Zusammensetzung und Ziele 2014-2019**

*Zum Referenten: Richard Nikolaus Kühnel studierte Rechtswissenschaft an der Universität Graz mit den Schwerpunkten europäisches und internationales Recht und verbrachte Studien- und Forschungssemester an den Universitäten in Lyon, Florenz und Princeton. Er begann seine berufliche Laufbahn 1994 im Auswärtigen Dienst der Republik Österreich, war dort zunächst im Büro des Ministersprechers eingesetzt, beschäftigte sich anschließend mit der Situation im früheren Jugoslawien - unter anderem als Attaché an der Botschaft in Kroatien - und arbeitete im Völkerrechtsbüro. Zwischen 1997 und 2000 war er als Erster Sekretär für Wirtschafts- und Finanzfragen der Österreichischen Botschaft in Tokio zugeteilt. Zwischen 2000 und 2003 war Herr Kühnel als Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen in New York tätig. Er ist Gründungsmitglied im Aufsichtsrat der österreichischen Entwicklungsagentur ADA. Im Jahr 2004 begann Richard Kühnel im Kabinett der damaligen EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik, Benita Ferrero-Waldner, seine Laufbahn in der Europäischen Kommission. Er war unter anderem für multilaterale Beziehungen und die G8, Menschenrechte und Demokratie sowie für inter-institutionelle Beziehungen verantwortlich. Seit 2008 war er Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich und seit 1. Juni 2014 hat er die Leitung der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland inne.*

*Für weitere Informationen siehe*

*[http://ec.europa.eu/deutschland/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/index_de.htm)*

*[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/12336\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12336_de.htm)*

### **Vortrag**

Der Referent beginnt seinem Vortrag mit dem Hinweis, dass Europa in den Anfängen eine Utopie war und zitiert Adenauer: Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen; sie wurde eine Hoffnung für viele; sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle (Regierungserklärung, 15.12.1954). Nur fünf Jahre hat es nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gedauert, dass die Franzosen mit der Schuman-Rede 1950 in Paris den Schritt taten, über den Schatten der Vergangenheit hinweg, die Hand auszustrecken und ein neues Europa aufzubauen. Mit der Hohen Behörde wurde ein neues Zeitalter der Supranationalität eingeleitet, die Ordnung zwischen souveränen Staaten bereichert und durch eine supranationale Institution ergänzt. Die Daseinsberechtigung und den Auftrag leitet sie nicht aus nationalen Interessen ab, sondern sollte darüber hinaus wirken. Nach Einrichtung der Hohen Behörde gab es unter den sechs Gründungsmitgliedsländern Angst vor der eigenen Courage: Wenn die Politik an eine Zentralstelle - damals noch in Luxemburg - übertragen wird, dann droht sie die Kontrolle zu verlieren. Der Hohen Behörde wurde der Rat zur Seite gestellt, der für die Entscheidungen verantwortlich ist. Dieses System ist bis heute sehr verfeinert. Im Grunde genommen ist die Europäische Kommission kein Entscheidungsgremium. Sie unterbreitet Vorschläge und es finden Diskussionen in öffentlichen Konsultationsprozessen statt, um Meinungen einzuholen. Es gibt wissenschaftliche Berater. Die Europäische Kommission legt dem Europäischen Parlament als direkt gewähltes Organ und dem Rat, in dem die Mitgliedsstaaten durch Minister vertreten sind, die Vorschläge zur Entscheidung vor. Im Laufe der Jahrzehnte wurden Kompetenzen - insbesondere Rechtsgrundlagen sowie Fachkompetenzen - an die europäische Ebene übertragen.

Es begann mit Kohle und Stahl. Heute existiert ein Beamtenapparat und das Gebilde heißt nicht mehr Hohe Behörde, sondern Europäische Kommission. Im Vergleich zu einem Nationalstaat funktioniert das europäische System anders. Es existieren drei Standbeine mit der Exekutive, der Legislative und der Judikative. Die Kommission ist in allen drei Bereichen dabei. In der Exekutive verwaltet die Kommission das europäische Budget. Dort sind Programme für 507 Millionen Bürger der Europäischen Union enthalten. Das Budget bezieht sich auf 1% des Bruttonationalproduktes des gemeinsamen Europas. Bei den nationalen Haushalten beträgt der Durchschnitt ca. 44% des jeweiligen BNP, in Deutschland steht der öffentliche Haushalt für knapp über 50% des Bruttonationalprodukts.

Die legislativen Entscheidungen in Europa basieren in der Regel auf Vorschlägen der Kommission. Die Aufgabe lautet: Setzen von Initiativen sowie eine Begleitung bis zum Ende. Auch die Rücknahme von legislativen Ideen wird praktiziert. Wenn der Wille zu Beschlüssen nicht vorhanden ist, verfolgt die Kommission diesen Gedanken nicht weiter.

Bei der Judikative achtet die Kommission darauf, dass die Mitgliedsländer die Beschlüsse in die Tat umsetzen. Sollte es zu keiner Umsetzung in den Nationalstaaten kommen, besteht für die Kommission die Möglichkeit vor dem Europäischen Gerichtshof zu klagen.

Die europäische Ebene ist kein Bundesstaat, sondern eine Union aus souveränen Mitgliedsländern. Europa ist nicht die Vereinigten Staaten von Amerika, die ein großer Staat sind, der sich aus einzelnen Bundesstaaten zusammensetzt, die die bestimmende Rolle an Washington übertragen haben. So war die Idee und Umsetzung der Gründerväter, also eine ganz andere Konstruktion als in Europa. Der Leitspruch der Amerikaner heißt: Aus vielen Verschiedenen wird eins. E pluribus unum. Der europäische Leitspruch ist anders: In Vielfalt geeint. In pluribus unum. Diese Vielfalt ist aber wichtig. Die Mitgliedsstaaten werden in ihrer Tradition und politischen Eigenständigkeit erhalten, die Kommission aber vereint, führt zusammen, bündelt die Interessen sowie die Werte in Europa. Die europäische Ebene ist kein Fremdkörper und nicht Außenpolitik. Es ist eine weitere Entscheidungsebene, die zum Gesellschaftsordnungssystem dazugehört. Die kommunale Ebene, die regionale Ebene, die Ebene des Bundes sowie die europäische Ebene ergänzen einander. Bei Entscheidungen auf europäischer Ebene sind die Grundsätze der „Subsidiarität und Proportionalität“ als Prinzipien zu beachten. Subsidiarität bedeutet: Entscheidungen werden auf europäischer Ebene getroffen, wenn ein Ziel dort besser erreicht werden kann als auf nationaler Ebene. Proportionalität bedeutet: Es muss proportional sein zu dem, was die Kommission erreichen will. Bei den großen Fragen will die Kommission groß agieren. Bei den kleineren Alltagsfragen will die Kommission bescheidener auftreten. Strukturen in Europa sollen nicht ersetzt, sondern vielmehr bereichert werden.

Im Hinblick auf die Wahrnehmung der Europäischen Union rufen die Begriffe Europa, EU, Brüssel unterschiedliche Assoziationen bei den Menschen hervor. Das Ausland sieht Europa in einer Vorbildfunktion. In Asien befindet sich eine regionale Struktur im Aufbau - ASEAN, in Afrika eine African Union, in Südamerika MERCOSUR. Europa wird als wirtschaftliches Gravitationszentrum angesehen, dessen Lebensstandard für viele Staaten derzeit unerreichbar ist. Europas Probleme liegen auf einem hohen Niveau. Auf das gesellschaftliche Modell können wir in Europa zu Recht auch stolz sein. 7% der Weltbevölkerung sind Europäer; 25% des weltweiten Wohlstandes wird von diesen 7% erwirtschaftet. Über 50% der weltweiten Sozialausgaben werden in Europa für Schwache ausgegeben. Europa ist für viele eben auch ein Hoffnungsmarkt sowie ein Zufluchtsort. 800 Millionen Menschen auf der Welt hungern. So sind die Zuströme nach Europa nachvollziehbar.

Es gibt aber auch einige Bedenken im Hinblick auf Europa: zu viel Bürokratie; Fremdbestimmung; Großkonzernen wird geholfen; die einzelne Stimme zählt nicht; das Vertrauen in die europäischen Institutionen ist gering. Diese Bedenken werden durch

Meinungsumfragen bestätigt. Trotzdem vertrauen die Menschen weniger ihren eigenen Nationalregierungen als der Europäischen Kommission; derzeit steigt das Vertrauen überall. Die Kommission ist kein Ausführungsorgan, sondern versteht sich selbst als Dienstleister. Sie bietet Dienste für die Mitgliedsstaaten an und bestimmt bei der Umsetzung mit. So bei Empfehlungen in der Wirtschaftspolitik. Die Kommission sagt nicht, dass Deutschland die Exporte senken muss, das ist ein Gerücht in den Medien, aber sie weist darauf hin, dass die Investitionen in die Strukturen im eigenen Land zu gering sind. Dadurch hat Deutschland einen hohen Leistungsbilanzüberschuss, was auf Dauer ungesund ist. Dies ist nicht als Auftrag zu verstehen, sondern als Empfehlung.

In der Kommission arbeiten handelnde Menschen; sie ist nicht abstrakt. Diese Menschen glauben an die europäische Idee und treiben sie weiter voran. Deshalb haben viele ihre Heimat verlassen und sind nach Brüssel gezogen. Jeder Mitarbeiter, jede Mitarbeiterin hat eine innere Überzeugung; der Hauptbeweggrund ist nicht die gut dotierte Entlohnung. Die Kommission sieht sich insbesondere als Hüter der Europäischen Verträge - ferner auch als Prinzipienreiter und versteift sich oft darauf. Bei den Grundfreiheiten und der Nichtdiskriminierung bleibt die Kommission stur. Zum Beispiel ist beim Thema Maut die Frage der Diskriminierung ebenso grundsätzlich einzuschätzen und zu überprüfen wie beim Zugang von deutschen Studenten zu österreichischen Universitäten. Außerdem sieht sich die Kommission als Motor der Integration. Um die Themen Bildung, Forschung sowie Innovationen anzutreiben, spricht Brüssel gern mit. Auch die langfristige politische Planung und Vorausschau betreibt die Kommission. Hier ist ein Sieben-Jahres-Budget vorgesehen. Die Klimastrategie ist für 2030 formuliert, die Verkehrspolitik bis 2050 vorausgedacht. Die Kommission sieht Europa im globalen Kontext. Was passiert auf den anderen Kontinenten, und was heißt das konkret für Europa? Das können nicht alle 28 Mitgliedsländer - insbesondere die kleineren Staaten - jeder für sich leisten. Es handelt sich jeweils um Themen für die ein gesamteuropäisches Interesse vorliegt. Die Antriebsfeder der Kommission ist es, im Interesse der Bürger und Bürgerinnen in Europa zu arbeiten. So sind z.B. bei Verhandlungen mit Russland im Rahmen der Energiepolitik die Chancen viel besser als wenn jedes Land für sich verhandeln würde. In der Handelspolitik mit den Amerikanern sind einzelne Länder gar nicht in der Lage zu verhandeln. Der europäische Gesamtmarkt ist größer als der amerikanische Markt, das bringt uns auf Augenhöhe. Verhandlungen werden aber nicht im Interesse der Großindustrie geführt, sondern vor allem der Klein- und Mittelunternehmen und der Konsumenten. Siemens braucht kein TTIP-Abkommen; die sind längst im USA-Markt etabliert. Als Bilanz ist festzuhalten: Wir möchten den Nationalstaat nicht abschaffen, so dass die Brüsseler Institutionen die Regierung übernehmen. Vielmehr müssen die Staaten eingebunden werden und sich als Teil des gesamteuropäischen Werkes verstehen.

### **Auszug aus der Diskussion**

Frage: Welche Durchgriffsmöglichkeiten hat die Kommission in den Einzelstaaten?

Antwort: Die Kommission ist keine europäische Polizei. Sie kann ein Vertragsverletzungsverfahren gegen ein Land initiieren. Das geht dann vor den europäischen Gerichtshof und nur dieser hat Sanktionsmöglichkeiten. Im Wirtschaftsbereich können durchaus Sanktionen von der Kommission verhängt werden, z. B. Strafzahlungen, weil es die Defizitbestimmungen seit Jahren nicht einhält. Es existiert aber kein Durchgriffsrecht, um z. B. die Polizei oder eine Staatsanwaltschaft einzuschalten.